

5.5.1988

386/88

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Rede Oskar L a f o n t a i n e
Programm-Werkstatt
"Für eine europäische Friedensordnung"
5. Mai 1988
Erich-Ollenhauer-Haus, Bonn.

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Ich möchte Sie herzlich im Erich-Ollenhauer-Haus willkommen heißen. Es ist uns eine Freude, daß ein so großer Kreis unserer Einladung zur Diskussion um den friedenspolitischen Teil des Irseer Entwurfs gefolgt ist.

Stellvertretend für die Referentinnen und Referenten darf ich als Diskutanten des heutigen vormittags begrüßen:

Frau Dr. Rix, Frau Käßmann, Horst Ehmke und Heinrich Vogel, dem unser besonderer Dank für sein Erscheinen gilt. Herr Vogel ist für den ursprünglich vorgesehenen Referenten eingesprungen, den geschäftliche Verpflichtungen an der Teilnahme hindern.

Ich darf Ihnen Frau Wiegmann vorstellen, der die Moderation des heutigen Vormittags obliegt. Sie wird mit Strenge darüber wachen, daß nicht zu lange geredet wird. Wer immer möchte, soll auch die Chance zu einem Beitrag erhalten.

Nicht zuletzt möchte ich die Mitglieder der Programmkommission und der Presse begrüßen.

I.

Die Ablehnung kriegerischer Auseinandersetzung und das Erstreben einer auf Gewaltfreiheit gegründeten Gesellschaft haben die Sozialdemokratie von Anbeginn an geprägt. Zeit unseres Bestehens haben wir die Ansicht vertreten, daß letztlich nur ein nach innen demokratisch organisierter Staat nach außen friedfertig sein könne.

"Friedenspolitik muß," so der Irseer Entwurf, "Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen, dem Vormachtstreben entgegenwirken, den Systemgegensatz in eine friedliche, an Regeln gebundene Systemkonkurrenz überführen und unvereinbare Wertvorstellungen so vertreten und verwirklichen, daß sie keine Bedrohungsängste auslösen."

Die Entspannungspolitik der späten sechziger und der siebziger Jahre war eine wichtige Etappe dieser Friedenspolitik. Sie hat die Lage in Europa entscheidend verändert. Nicht nur die Verträge von Moskau und Warschau, das Viermächte-Abkommen von Berlin, der Grundlagenvertrag oder die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) haben Geschichte gemacht und sind am Ende auch von der Mehrzahl der Konservativen anerkannt worden. Auch "Glasnost" und "Perestroika" wäre ohne sie wohl kaum machbar gewesen.

Die vor allem in den Vereinigten Staaten verbreitete Kritik, die erste Phase der Entspannungspolitik sei nicht durch Abrüstungserfolge gekennzeichnet, ist lange Zeit nicht falsch gewesen. Aber: Wir erleben

heute eine Situation, in der - vor dem Hintergrund einer geänderten sowjetischen Sicherheitspolitik - durch den Abschluß des INF-Vertrages erstmalig die Hochrüstungspolitik abgebremst werden konnte. Jahrzehntlang waren Rüstungsexperten und Politiker bemüht, den Menschen in Ost und West die ständige Steigerung des Risikos unter dem Etikett "mehr Sicherheit" zu verkaufen. Es ist das Verdienst der Friedensbewegung, gedanklich aus dem Teufelskreis dieser "Unsicherheitspolitik" ausgebrochen zu sein.

Nach Auffassung der Sozialdemokratie muß jetzt der Prozeß, der durch das Mittelstrecken-Abkommen in Gang gekommen ist, mit aller Energie vorangetrieben worden. Es gilt, den fatalen Tendenzen, gerade auch in der CDU/CSU, entgegenzuwirken, die seine Fortsetzung gefährden.

Diese Kräfte versperren auch den Weg, der weiteren Verelendung und Verschuldung der Staaten der sogenannten Dritten Welt durch eine Reduzierung der Rüstungsausgaben entgegenzuwirken. Diesen Themenkomplex werden wir im übrigen Anfang Juni in einem weiteren Werkstatt-Gespräch aufgreifen.

II.

Das Konzept der "atomaren Abschreckung" und der "flexible response" würde im Falle eines Falles zur Zerstörung all dessen führen, was wir zu verteidigen vorgeben. Dies ist nicht mehr akzeptabel. In einer Zeit, in der militärische Sicherheit zwischen Ost und West nicht mehr durch Rüstung erreicht werden kann, muß sie miteinander organisiert werden. In unserem Programmentwurf hat die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entwickelte Konzeption der gemeinsamen Sicherheit

Eingang gefunden. Nur blockübergreifend organisierte Sicherheit bietet den Ausweg aus der Logik der Abschreckung.

Gemeinsame Sicherheit geht von der Erkenntnis aus, daß nicht nur die ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen und militärischen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen - gewollt oder ungewollt - grenzüberschreitend wirken. Jeder Staat muß im eigenen Interesse Mitverantwortung für den anderen übernehmen. Ein solches Denken verlangt den Bruch mit den uralten Denk- und Verhaltensstrukturen der herkömmlichen Sicherheitspolitik. Es verlangt, so der Irseer Entwurf, "den Abbau von Drohpotentialen bis hin zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit."

Die SPD hat dazu Vorarbeiten geleistet, die häufig als "Nebenaußenpolitik" geschmäht wurden. Gemeinsam mit den kommunistischen Parteien der DDR, CSSR und Polens haben wir konkrete Schritte zum Abbau der chemischen Waffen vorgeschlagen. Die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors würde zusätzliche Sicherheit für Mitteleuropa bedeuten.

Dringend notwendig erscheint mir in diesem Zusammenhang, das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit und strukturellen Angriffsunfähigkeit in einem Reformkonzept der NATO zu verankern. Das Angebot der Staaten des Warschauer Paktes vom 28. Mai 1987, über die Veränderung der Militärdoktrinen zu reden, sollte nicht ungenutzt verstreichen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich in ihrem

Programmwurf zum Atlantischen Bündnis. Sie bejaht die Bundeswehr als Instrument der Kriegsverhütung, und sie sieht darin auch die entscheidende Aufgabe der NATO. Daran muß sich die Strategie des Bündnisses immer wieder messen lassen. Sicherheitspolitisches Ziel sollte die Festlegung der NATO und des Warschauer Paktes auf strukturelle Angriffsunfähigkeit sein.

Es ist an der Zeit, eine zweite Phase der Entspannungspolitik zu beginnen.

III.

Sie paßt zusammen mit dem fortschreitenden Prozess der westeuropäischen Einigung, die in eine neue Phase eingetreten ist. Die EG wurde erweitert. 1992 soll es zu einem einheitlichen Markt kommen. Das bereits im Heidelberger Programm 1975 geforderte Vereinigte

Europa nimmt im Westen Gestalt an. Im Frieden muß ganz Europa vereinigt sein. Europa als Friedensmacht - das ist das Ziel des Irseer Entwurfs. Die Selbstbehauptung Europas, die dem Frieden dient, indem sie der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirkt, ist unerläßlich.

Sie hat u.a. ihre verteidigungspolitische Komponente. In- und außerhalb unserer Partei ist die Diskussion darüber entbrannt, wie sich beispielsweise die deutsch-französische Zusammenarbeit vor dem Hintergrund genannter Zielsetzung entwickeln soll. Wie auch entschieden wird, eine westeuropäische Verteidigungsstruktur verlangt eine Lösung, die in den dargestellten gesamteuropäischen Sicherheitsprozess eingegliedert ist.

Die neue europäische sicherheitspolitische Debatte wirft die Frage nach der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf. Wir gehen davon aus, daß Kennedys Wort, die USA sehe in einem starken und geeinten Europa nicht einen Rivalen, sondern einen Partner, weiter gilt. Partnerschaft setzt Respektierung der gegenseitigen Interessen voraus.

IV.

"Von der Mitte Europas", so beschreibt der Irseer Entwurf die Aufgabe der Deutschen, "muß im Interesse aller Europäer Frieden ausgehen".

Es geht darum, die gewachsenen Strukturen und Verhaltensweisen der Konfrontation aufzugeben und

eine neue Politik zu versuchen. Durch Rüstung erreichen wir nicht mehr, sondern weniger Sicherheit, sie muß miteinander organisiert werden.

Ich plädiere in diesem Zusammenhang für einen nüchternen, realistischen Umgang mit der deutschen Frage. Es ist bedauerlich, daß die CDU in ihren jüngsten deutschlandpolitischen Beschlüssen es nicht geschafft hat, zu einer von ideologischem Ballast befreiten Politik zu finden.

Ich bin mit Egon Bahr der Meinung, wenn "der europäische Friede erreicht sein wird, und zwar in Form eines Vertragswerks", erst dann wird dies der Augenblick sein, "in dem die Deutschen ihre Friedensverträge erhalten müssen". Insofern drängen sich bei dieser Frage keine Korrekturen an Irsee auf.

V.

Noch einmal, worum geht es?

Die Grundwertekommission der SPD und das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED haben mit ihrem Papier zum "Streit der Ideologien" einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Systemkonkurrenz kann mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden - ohne dabei Grundsätze aufgeben zu müssen.

Ich freue mich, daß Sie gekommen sind, um mit uns über diesen Weg zu diskutieren. Ich hoffe, daß möglichst viele von Ihnen ihn mit uns beschreiten werden. Frau Wiegmann hat das Wort.